

20.02.2024

Gemeinsamer Zusatz-/Ergänzungsantrag

Gremium	Termin	Zuständigkeit	Status
Rat der Stadt	22.02.2024	Einbringung	öffentlich

Tagesordnungspunkt

Bezahlkarte für Leistungen aus dem Asylbewerberleistungsgesetz

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD bitten unter dem oben genannten Punkt um Beratung und Abstimmung des folgenden Antrags:

1. Der Rat der Stadt Dortmund sieht keine Notwendigkeit für die Einführung einer sogenannten Bezahlkarte für Geflüchtete. Dabei geht der Rat nach aktuellem Stand davon aus, dass jede Kommune selbst über die Einführung entscheiden kann.
2. Sollte das Land die Bezahl-Karte landesweit einführen, fordert der Rat, dass sie diskriminierungsfrei und ohne Einschränkungen nutzbar sein muss. Das beinhaltet insbesondere die folgenden Punkte:
 - die unbeschränkte Abhebung von Bargeld
 - die Möglichkeit von Überweisungen
 - keine Einschränkung der mit der Karte zu tätigen Einkäufe
 - keine örtliche oder regionale Beschränkung der Nutzung der Karte

Zusätzlich ist dann sicherzustellen, dass der Anspruch auf Einrichtung von Bankkonten mit allen darin enthaltenen Funktionen erhalten bleibt. Zielgruppe der Bezahlkarte können ausschließlich Menschen sein, die keinen Anspruch oder faktischen Zugang zu einem Bankkonto haben.

3. Bei einer eventuellen Einführung der Karte dürfen den Kommunen keine zusätzlichen Kosten und Aufgaben entstehen.

Begründung:

Die Bundesregierung und die Länder haben sich Ende des letzten Jahres darauf verständigt, ein Bezahlkarten-Modell für Flüchtlinge zu erarbeiten. Mit der Karte soll die bisherige Bargeldauszahlung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ganz oder teilweise ersetzt werden. Zur Debatte stehen dabei bestimmte Einschränkungen: So könnte es keine Möglichkeit mehr geben, mit der Karte Bargeld abzuheben oder Überweisungen zu tätigen. Zusätzlich könnte die Karte auch nur in der eigenen Stadt

nutzbar sein.

Das schränkt die Würde und Selbstbestimmung von Geflüchteten massiv ein. Die Bezahlkarte grenzt Asylsuchende vom Alltagsleben aus, denn an vielen Stellen wird weiterhin nur Bargeld akzeptiert. Damit würde die vorgesehene Bezahlkarte das Ankommen und die Integration erschweren und rein gar nichts verbessern.

Laut den Befürworter*innen soll mit der Karte der Verwaltungsaufwand in den Verwaltungen reduziert werden. Das ist zumindest für die Situation in Dortmund nicht nachvollziehbar. Bisher gab es von der Dortmunder Sozialverwaltung keine Hinweise darauf, dass es an dieser Stelle Probleme gibt. In den meisten Fällen haben geflüchtete Menschen schon kurz nach ihrer Ankunft in der Kommune ein eigenes Bankkonto, auf welches ihnen die zustehenden Leistungen überwiesen werden. In diesen Fällen würde eine Bezahlkarte nicht zu einer Entlastung der Verwaltungsabläufe führen, sondern durch Doppelstrukturen bürokratischen Mehraufwand erzeugen.

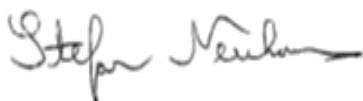
Und auch das propagierte Ziel, Flüchtlinge mit der Karte von Überweisungen in ihr Herkunftsland abzuhalten, entbehrt jeglicher Grundlage. Laut Aussage des Bundesfinanzministeriums liegen keine Daten zu entsprechenden Überweisungen vor. Auch hinsichtlich eines Rückgangs von Rücküberweisungen durch die Einführung der Karte gibt es keine Schätzungen des Ministeriums. Expert*innen gehen stattdessen schon wegen der Höhe der Leistungssätze davon aus, dass der Umfang der Transfers gering ausfällt und bezweifeln, dass diese tatsächlich einen wesentlichen Anreiz für Migration darstellen.

[\(Bezahlkarten: Bundesregierung weiß nicht, wie viel Geld Asylsuchende in die Heimat überweisen - DER SPIEGEL\)](#)

Ziel muss es stattdessen sein, dass Geflüchtete genauso wie alle anderen Dortmunder*innen Zugang zu einem normalen Konto haben. Ein Bezahlkarten-Modell ist nur dann akzeptabel, wenn es keine Einschränkungen mit sich bringt und die Kommunen keine zusätzlichen Kosten zu tragen haben.

Mit freundlichen Grüßen

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
gez. Jenny Brunner
F.d.R.



Stefan Neuhaus

SPD-Fraktion
gez. Daniela Worth
F.d.R.



Sandra Spitzner

